Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 7

Artikel: Die vielen Stimmen aus der CSSR

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076520

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die vielen Stimmen aus der CSSR

Wenn man Ehrenburgs Begriff vom «Tauwetter» für die nachstalinistische Liberalisierung gelten lassen will, muss in der CSSR die Diskussionsfreiheit dieses Frühjahrs als «Föhnsturm» bezeichnet werden. In unserer Untersuchung vor zwei Nummern (KB, Nr. 5) hatten wir das Diskussionsfeld um die Thematik «Demokratie», «Sozialismus» und «sozialistische Demokratie» abgesteckt. Heute pflücken wir noch einige Blumen daraus, diesmal unter Einschluss von Radio und Television, wo die Formulierungen besonders spontan ausfallen.

Die Kapitalistenfresser waren fett geworden

In einem Kommentar von Radio Prag sagte Milan Weiner:

«Viele Leute erklären auf den gegenwärtig überall abgehaltenen Arbeiterversammlungen, jede Bemühung um einen verbesserten Sozialismus sei nur als Versuch anzusehen, den Kapitalismus wieder zu errichten. Das klingt wie eine Drohung. Wäre aber nicht eher die Frage am Platz, wieso eigentlich diese Leute dazu kommen, sich so heftig gegen den Kapitalismus zu äussern, da sie doch ihren engsten Verwandten und Freunden einen Lebensstandard verschafft haben, dessen sich kein Kapitalist zu schämen brauchte? Wäre es nicht angebracht, diese mächtigen Gegner und Bekämpfer des Kapitalismus zu fragen, warum ihre Verwandten manchmal sogar zwei westdeutsche Luxuslimousinen fahren und wieso sie eine Position einnehmen, die weder ihren Fachkenntnissen noch ihren sonstigen Fähigkeiten entspricht und wieso sie dennoch über Millionenbeiträge zu verfügen haben? Wer bezahlt für die Fehler dieser Leute? Wer anders als die Arbeiterklasse, die dafür aus ihrem schwer erworbenen Verdienst aufkommt?

Was ist mit dem Arbeiterfreund General Sejna? Er war angeblich bereit, im Interesse der Arbeiter seine Armee intervenieren zu lassen. Aus wessen Taschen kam sein Gewinn von Hunderttausenden? Und wo endete dieser vertrauenswürdige Sprecher der Arbeiterschaft ...?»

Im Anschluss an diesen Kommentar wurde ein Telephongespräch wiedergegeben, das ein Hörer am gleichen Tag mit Weiner geführt hatte. Weiner wurde darin als «Agent des Imperialismus, den man sich holen wird», beschimpft. Man hörte ihn erwidern, dass er der Partei 1942 im Konzentrationslager beigetreten sei.

Mehrparteiensystem

Radio und Fernsehen haben eine ganze Reihe von Diskussionssendungen aufgenommen, bei denen bekannte Persönlichkeiten (meistens aus den reformistischen Parteikreisen) beliebige Hörerfragen gemeinsam in debattierender Form beantworten. Immer wieder wird die Frage gestellt, wie eine Demokratie ohne die Möglichkeit einer organisierten Opposition garantiert werden könne.

Zwei Meinungsäusserungen aus einer solchen TV-Debatte. Zunächst Dr. Milan Prucha:

«Die Frage nach mehreren Parteien im Sozialismus muss nicht nur von jenen gestellt werden, die nicht zur Partei gehören, sondern auch von jenen, die drin sind. Ich bin ein KPTsch-Mitglied. Ich war es schon vor dem Februar (1948), und selbst wenn es eine andere Partei gäbe, würde ich wahrscheinlich (!) Mitglied bleiben. Ich denke, die Frage mehrere politischer Parteien im Sozialismus ist eine Frage der Regierungstechnik.»

Anschliessend äusserte sich Dr. Milan Huebl (Parteidozent in Prag ; siehe Ausführungen in KB, Nr. 5):

«Hier steht zur Diskussion, ob die demokratische Garantien ohne mehrere Parteien möglich sind. Im alten Griechenland war das möglich. Dann gibt es auch etwas, was man direkte Demokratie nennt. Natürlich kann jede politische Strömung sozusagen die Funktion einer politischen Partei haben, desgleichen jede soziale Strömung. Um jetzt oder später einmal eine Pluralität der Meinungen zu erreichen, braucht man nicht notwendigerweise die traditionellen Formen der parlamentarischen Demokratie anzuwenden.

Ich finde nicht, dass die Bedingungen der parlamentarischen Demokratie so ideal sind. Ich sage das nicht, weil ich das Gute an der parlamentarischen Demokratie schwarz machen möchte. Ich meine nur, dass man das Gute erreichen, oder jedenfalls einmal versuchen kann, mit einem andern System als dem des traditionellen Mehrparteiensystems.

In zehn Jahren wird man hier vielleicht eine andere Zusammenkunft abhalten und feststellen, dass dieses Experiment (d.h. also Demokratie ohne Mehrparteiensystem) missraten ist. Aber ich würde nicht so pessimistisch sein. Dafür müssen wir Realisten sein. Wir müssen uns gegenwärtig das wünschen, was möglich und realisierbar ist, wenn man die Bedingungen und die Geographie dieses Landes berücksichtigt.» (Applaus).

Dass zur Geographie die sowjetische Nachbarschaft gehört, ist klar. Und zum Punkt der Beziehungen zur UdSSR sagte ein Gesprächsteilnehmer (nämlich Dr. Eugen Löbl, der Wirtschaftswissenschafter, dessen liberale Stimme schon zu Zeiten Novotnys zu hören gewesen war, wenn auch etwas zurückhaltender in den Formulierungen):

«Wann werden unsere Politiker offiziell beschliessen, unser ungleichgewichtiges Verhältnis zur Sowjetunion zu revidieren? Ich möchte darauf hinweisen, dass Wirtschaftsbeziehungen nichts anderes zu sein haben als eben das, nämlich Wirtschaftsbeziehungen. Wenn eine Fremdsubstanz plötzlich ins Spiel kommt, werden die ökonomischen Verhältnisse verzerrt.»

Die führende Rolle der Partei darf nicht dekretiert sein

Zur Diskussion steht in der CSSR auch die führende Rolle der Partei. In einer andern Fernsehsendung, ebenfalls einer Debatte, sagte dazu Miloslav Hruskovic, Präsidiumsmitglied im slowakischen Zentralkomitee der Partei:

«Die grosse Verzerrung bestand darin, dass die führende Rolle der Partei dekretiert und kommandiert wurde. Parteigemäss wäre es, wenn die Leute die Parteipolitik als ihre eigene erkennen würden, nicht weil es so befohlen wurde, sondern weil es in der Praxis als ihre eigene Sache erschiene. So aber wurde das ganze System extrem verzerrt, unser System der Demokratie wurde verstümmelt, würde ich sagen, nicht nur in der Partei, sondern in der Gesellschaft überhaupt. Zum Beispiel: Alle unsere Gesetze sind dadurch beeinträchtigt, dass die führende Rolle der Partei sogar in der Verfassung dekretiert ist, und das ist der Grund, warum die Bevölkerung alle unsere grossen Verwirklichungen gar nicht als ihre eigene Sache betrachtete. Für sie nahm es sich so aus, dass jemand anders die Entscheidung für sie getroffen habe, die Partei ... Die führende Rolle der Partei kann nicht ein für allemal festgelegt werden, auch nicht mit Rücksicht auf die grosse Rolle der Kommunisten in der Vergangenheit. Sie muss jeden Tag neu erworben werden und ergibt sich nur aus dem Vertrauen der ganzen Bevölkerung. Die Partei kann sich die führende Rolle gar nicht selbst

---

handelt sich dabei überwiegend um Spannungszustände, die als Dauerreize auf den Organismus einwirken und vom Individuum nicht beseitigt werden können (Klaus dürfte hier recht haben, wenn man die ausserordentlich hohe Anzahl von Selbstmorden in Ost-Berlin und in Ungarn bedenkt. Anm. MC.) Ein medizinisch besonders interessanter Regelkreis ist dasjenige, das den Blutdruck des Menschen regelt. Zu den Störungen, mit denen diesese Regelsystem fertig werden muss, gehören Aufregungen, Aerger, Kummer, Sorge usw. Das sind Störungen, die von der Ebene des Bewusstseins her eindringen. Im Jahre 1960 hat der sowjetische Wissenschafter P. K. Anochin in einem Vortrag zu dem Thema «Die physiologische Grundlage der Pathogenese hypertensionaler Zustände» darauf hingewiesen, dass eine der wichtigsten Ursachen der Hypertonie eine Gruppe von Störungen ist, die aus dem gesellschaftlichen Bereich kommen, mit denen das betreffende Regelsystem nicht fertig wird. Klaus fordert, dass Kritik und Selbstkritik — die in einem sowjetsozialistischen Staat fast immer vor einem grösseren Publikum erfolgen muss — nicht nur unter ihrem politischen Aspekt, sondern auch unter ihrem kybernetisch-medizinischen Aspekt betrachtet werden soll. Kritik, die von der herrschenden Staatspartei mit allen Kräften gefördert wird, ist einer der einwirkenden Faktoren aus dem gesellschaftlichen Bereich, die diese medizinischen Komponente aufweisen. Dem Individuum muss laut Klaus die Möglichkeit gegeben werden, diesen Faktor so zu beeinflussen, dass lebenswichtige medizinische Parameter in physiologisch zuträglichen Grenzen bleiben. Der Zustand der Krankheit ist im Sinne der Kybernetik ein Versagen der Regelmechanismen infolge eines vermehrten Eindringens von Störungen. Die damit verbundene adaptive Leistungsminderung kommt sowohl in biologischen als auch gesellschaftlichen Gleichgewichtsstörungen zum Ausdruck. Krankheit geht nach Klaus immer mehr oder weniger mit einer Veränderung der Leistungsfähigkeit einher, wobei unter Leistungsfähigkeit die Fähigkeit der Anpassung an die Umwelt und der Arbeit für sich selbst und die Gesellschaft zu verstehen ist.

(Fortsetzung folgt)

Die vielen Stimmen aus der CSSR

(Fortsetzung von Seite 11)

geben, sondern nur von den Nichtkommunisten empfangen. Wir haben als Kommunisten keine führende Rolle, wenn wir allein dies so auffassen, sondern nur dann, wenn die Nichtkommunisten das so betrachten ...

Hier war vorhin von Wahlen die Rede. Wenn wir dieses Problem nicht lösen, werden wir auch nicht erreichen, dass Parlament oder Nationalkomitee auch tatsächlich zu Behörden werden, die Entscheidungen treffen. Wir werden das nicht erreichen, wenn die Entscheidungen in irgendwelchen Parteigremien vorweggenommen werden. Sonst kommen wir wieder zu dieser Stimme (die auf der Strasse aufgenommen und im Laufe des Gesprächs abgespielt worden war): ‚Ich habe dazu nichts zu sagen. Ich bin ja nicht in der Partei.' Und das nennt man dann Opposition, nicht?»

Einen umfangreichen Meinungsaustausch direktester Art brachten in der Tschechoslowakei des ersten Vierteljahres öffentliche Versammlungen, in denen oft bis in alle Nacht hinein diskutiert wurde. Prominente Parteivertreter stellten sich dabei den Publikumsfragen.

«Unsere Richter und die Nazi-Richter ...»

Eine Massenversammlung fand etwa am 13. März in Prag statt. Sie begann mit Verspätung, weil der erste Redner, Minister Josef Smrkovsky (der Hauptexponent des demokratischen Parteiflügels), zunächst einige tausend Personen auf der Strasse beruhigen musste, die im Saal keinen Platz mehr gefunden hatten. Aber nachher wurde fünfeinhalb Stunden lang über ziemlich alles diskutiert. Dabei antwortete zum Beispiel Pavel Kohout, Vorsitzender der Parteigruppe im Schriftstellerverband, auf die Frage, ob ihm ein entwickeltes Land bekannt sei, wo ein elffacher Justizmörder immer noch hohe Posten bekleiden könne. Er kenne zwei: Westdeutschland und die Tschechoslowakei

Die Vergleiche gehen noch weiter. Wenn man etwa Praktiken des Nationalsozialismus, Hitlerfaschismus genannt, in eine Reihe mit Praktiken stellt, die im Namen des Sozialismus in kommunistischen Ländern herrschten oder herrschen, so ist das etwas Unerhörtes. Man bedenke, dass das schon bei uns im Westen als ausgesprochen «mauvais goût», ja unstatthaft gilt. Unter Kommunisten vollends ist das Tabu natürlich absolut und schliesst selbst das faktische Verbot ein, den hitlerschen Faschismus bei seinem offiziellen Namen zu nennen. Aber in der CSSR sind seltsame Dinge möglich geworden. Gustav Husak (siehe seinen Artikel «Gedenktage und Hoffnungen» im «Klaren Blick» Nr. 3, S. 5) hat in einem andern Beitrag für «Kulturny Zivot» verschiedene Hauptströmungen des modernen Europas in Gegensatzpaaren dargestellt. So erscheint der Kapitalismus der besitzenden Klasse in der früheren CSSR als Gegensatz zum Anliegen sozialer Gerechtigkeit. Die weitere Forderung nach Gleichberechtigung der Nationen wird, schon peinlich allgemein, im Gegensatz zu den «hegemonistischen Zielen und Tendenzen der Grossmächte» gestellt. Und was nun ist der Gegensatz zur «Idee der politischen Demokratie, die auf gleiche Rechte der einzelnen Staatsbürger basiert»? Husak schreibt hier: «Der Gegensatz zu diesem Gedanken manifestiert sich in den Bewegungen, welche aus verschiedenen Gründen und auf verschiedene Art versuchen, in ihrer Praxis (den Bürgern) die staatsbürgerlichen und menschlichen Rechte vorzuenthalten. Besonders ausgeprägt ist dies zum Beispiel in den jüngeren Formen des Faschismus.» Ja, und was wären denn die andern Beispiele? Dreimal darf man raten, besonders wenn man bedenkt, dass der Kapitalismus in einem andern Gegensatzpaar bereits vergeben ist.

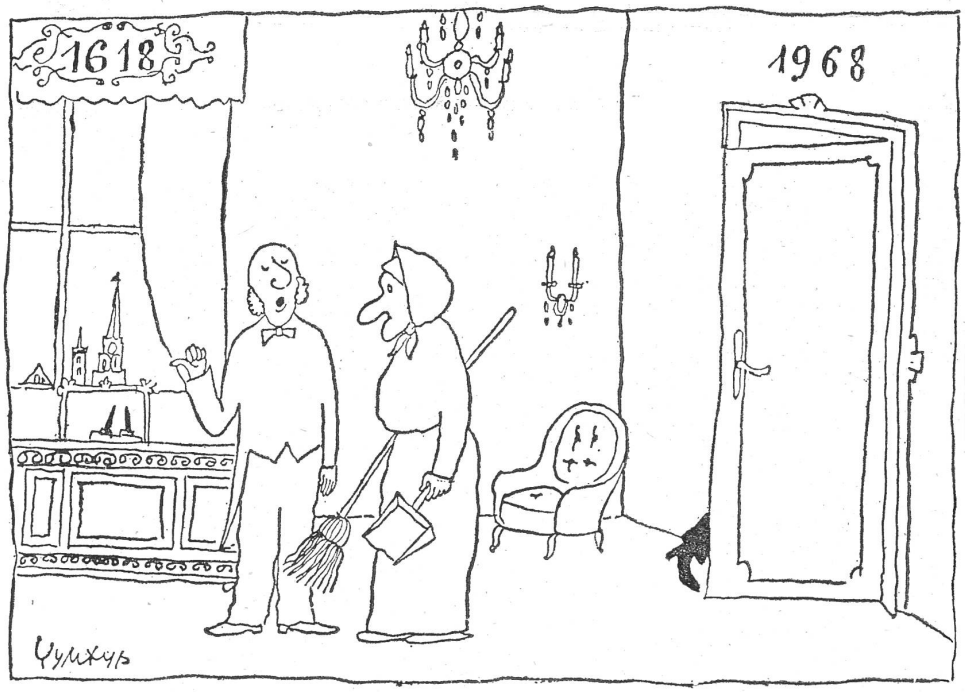
«Gewidmet Adolf H.»

Diese ominöse Anrede ziert einen Beitrag in «Literarni Listy», der neuen Zeitschrift des Schriftstellerverbandes. Angeredet ist hier der Generalsekretär des tschechoslowakischen Presseverbandes, Adolf Hradecki, weil er im letzten Herbst als Stimme seines Herrn (der damaligen Parteispitze) die Zensur als demokratische Errungenschaft der sozialistischen Gesellschaft lobte. Inzwischen sucht er anscheinend Kontakt mit dem Schriftstellerverband zwecks Bezug einer gemeinsamen Plattform. (Es handelt sich um den gleichen Adolf Hradecki, den wir mit einigen sehr demokratischen Bekenntnissen im «Klaren Blick» Nr. 5, S. 8, vorgestellt hatten.) In «Literarni Listy» wird er allerdings darauf aufmerksam gemacht, dass der Schriftstellerverband letztes Jahr den Kontakt mit ihm gesucht, aber nicht erhalten habe. So bedeutet man ihm höflich, niemand verlange, dass er seine Ueberzeugungen umkehre. Wenn seine Konzeption nicht länger mit seinem Amt vereinbar sei, brauche es nicht unbedingt seine Konzeption zu sein, die er opfern müsse.

Aber es geht nicht ums Heimzahlen, sondern um Wichtigeres. In der slowakischen Parteizeitschrift «Predvoj» schrieb Anton Kurina:

«In diesem Zusammenhang ist die Furcht vieler unter uns zu erwähnen: Was würde wahrscheinlich geschehen, wenn die konservativen Elemente gewinnen sollten? ... Trotzdem darf der Prozess der Wiedergeburt und der Ablösung von Persönlichkeiten nicht mit deren eigenen ‚Kult'-Methoden erfolgen. Er muss durch demokratische Methoden erfolgen. Was sich in der Vergangenheit ereignete, darf sich nicht mehr wiederholen, nie mehr ...»

Dieser Wunsch ist der gemeinsame Nenner aller Wünsche, welche heute in der CSSR ausgesprochen werden. ■



Neue Sitten im Hradschin: «Ja, ja, die Dinge ändern sich. Früher verliessen sie das Zimmer durch das Fenster («Prager Fenstersturz», 1618), heute durch die Tür.» («Politika», Belgrad)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telephon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./ DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.